Nr. 64 • Ausgabe B Nr. 52
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 64

Abend-Ausgabe

Dienstag, 8. Februar 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Einladung nach London angenommen.

Die Mitteilung des Auswärtigen Amtes an den französischen Botschafter.

Berlin, 8. Februar. (W. T. B.)

Das Auswärtige Amt hat der hiesigen französischen Botschaft mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Einladung für die Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Voraussetzung annimmt, daß auch die deutschen Gegenvorschläge auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden.

*

Nach der Fassung der vorstehenden Meldung könnte es scheinen, als bestehe ein gewisser Unterschied zwischen der Erklärung, die Dr. Simons im Reichstage abgegeben hat, und den Voraussetzungen, unter denen die deutsche Regierung die Einladung nach London annimmt. Dr. Simons hatte gesagt, die Pariser Beschlüsse könnten keine Grundlage für Verhandlungen sein. In der jetzigen Meldung heißt es, die Einladung wird unter der ausdrücklichen Voraussetzung angenommen werden, daß auch die deutschen Gegenvorschläge zur Beratung gestellt werden. Es wird in der Tat kaum durchführbar sein, die Pariser Beschlüsse und die deutschen Gegenvorschläge in der Diskussion so auseinanderzuhalten, daß bei dem Auftauchen des Pariser Planes gesagt werden könnte: „Darüber reden wir nicht." Auf eine so scharfe Scheidung, die verhandlungstechnisch sich nicht aufrecht erhalten ließe, um verzichtet werden, da ja auf deutscher Seite der entschiedene Wille besteht, Forderungen, wie sie in den Pariser Beschlüssen zum Ausdruck gelangt sind, abzulehnen. Eine Verständigung ist nur auf neuen Grundlagen denkbar. Da in der Londoner Konferenz wahrscheinlich die Ministerpräsidenten der Ententestaaten teilnehmen werden und Lloyd George die Leiten wird, dürfte der deutsche Minister des Aeußern, Dr. Simons, nach London gehen.

Zur Rede Lloyd Georges.

Englands Stellung die eines guten Anwalts gegenüber einem nicht leistungsfähigen Schuldner. — Das „Mißverständnis" Dr. Simons'.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 7. Februar.

In den Reuter-Auszügen ist bisher wenig Charakteristisches für halb wohlwollend überredenden, halb überlegen ironischen Ton der Rede Lloyd Georges herausgekommen, die jetzt ausführlich vorliegt. In der Einleitung hat Lloyd George sich den Anschein gegeben, als ob er die Mitteilung über die Stimmung Deutschlands nicht ernst nehme, zum mindesten die Nachrichten darüber für unzuverlässig halte. England habe das äußerste getan, um die Vertragsbestimmungen den bestehenden Verhältnissen anzupassen. Der Vertrag selbst müsse bestehen bleiben. Vom Standpunkte eines Redners, der eine große Versammlung in seine Hand bekommen will, war dann sehr wirkungsvoll die Gegenüberstellung ungeheuren Mengen von Kriegsmaterial, die Deutschland geliefert hat, und der Waffen und des Kriegsgeräts, über das England bis ins Jahr 1915 hinein verfügte. Deutschland, sagt Lloyd George, habe Kanonen aller Art 31 000 Stück ausgeliefert. England habe nur ein paar hundert schwere Geschütze besessen. Es besaß nur 100 000 Granaten, und im Juni 15 nur 8000 Granaten in Reserve. Seit dem Waffenstillstand hat Deutschland 33 Millionen Granaten ausgeliefert. England besaß 200 bis 300 Maschinengewehre, Deutschland hat 70 000 geliefert, und außerdem drei Millionen einfache Gewehre nebst 5 Millionen Patronen hergegeben. Aus all den Zahlen, so argumentiert Lloyd George, könnte man sehen, was für schöne Absichten Deutschland gehabt habe, als es sich zu rüsten. (Bei einem einigermaßen gerechten Vergleich hätte Lloyd George den Umfang des deutschen Kriegsgeräts im Augenblick des Waffenstillstandes den deutschen Rüstungen gegenüberstellen müssen. Der Korr.) Lloyd George erklärte, diese Maschine habe zerschlagen werden müssen, und zwar müsse das so geschehen, daß sie nie wieder repariert werden könnte. Für die Verbrechen der Staaten gelten dieselben Gesetze wie für die Individuen. Deutschland müsse also für die Wiedergutmachung zahlen. Aber auch für den englischen Standpunkt kämen dieselben Ueberlegungen in Betracht. die guter Rechtsanwalt seinem Klienten im Falle eines nicht leistungsfähigen Schuldners zu geben pflege: **er solle sich zu vergleichen als den Bankerott herbeizuführen und allen seinen Unbequemlichkeiten.** Dann kommt der Hinweis darauf, daß die Kriegspensionen, die die Engländer und Franzosen zu leisten haben, einen höheren Betrag ausmachten, als Deutschland während der ersten zwei Jahre zu zahlen hat. (Ohne die Exportprämien! Der Korr.) In Paris habe er, Lloyd George, den größten Wert darauf gelegt, seinen Kollegen klar zu machen, daß ein großer Irrtum darin bestehe, ob Deutschland nach innen oder nach außen Zahlungen leiste. Zu letzterem sei es viel weniger gekommen als zu ersterem. (Trotzdem verwirft Lloyd George die Reparationslieferungen!) Die Beschlüsse bezeichnete Lloyd George als eine Rechnung, die Deutschland nicht hübsch fand. (Gelächter.) Der folgende Passus ist mysteriös: „Ein großer Teil der Rede des deutschen Außenministers beruht auf einem vollkommenen Mißverständnis, über das, was wir in Paris gesagt haben. Mit diesen Mißverständnissen will ich mich jetzt nicht befassen. Es wird nur sehr wenig Zeit dazu nötig sein, um jede falsche Idee, die die Deutschen hinsichtlich der erzielten Entscheidungen haben können, aufzuklären. Aber ein Teil der Rede Simons' sah mir zu sehr nach einem „non possumus" aus. Er stellt sich auf Beim darüber beschwert, daß er nicht die ganze Antwort bekommen hat. Nun, er wird sich nicht darüber freuen, daß er sie bekommt. (Gelächter.) Sie ist fertig und, wenn sie ihm irgendwie nützlich sein sollte, dann wollen wir sie ihm sicher senden. Aber ich glaube nicht, daß sie ihn aufheitern wird. (Gelächter.) Er sagt, daß er die Pariser Propositionen nicht annehmen könne, nicht einmal als Basis für eine Diskussion. Wenn wir die ganze Rechnung schicken, wie das dem Friedensvertrag entspräche, dann ist Herr Simons verpflichtet, sie als Basis zu akzeptieren. Aber ich sehe nicht, warum dann die Sache besser werden soll, und ich gebe Herrn Simons sehr respektvoll den Rat, sich an die Pariser Rechnung zu halten."

Dann kommt eine bereits kurz erwähnte, sehr charakteristische Zwischenbemerkung Lloyd Georges. Er spricht von einem Satz, den Simons im Reichstag unter großem Beifall ausgesprochen habe. Welchen Satz Lloyd George meint, sagt er nicht, er fühlt sich aber durch ihn erinnert an einen anderen Satz, der 1914 im Reichstag ausgesprochen worden sei, nämlich von dem Fetzen Papier. Dieser Gedächtnisfehler entspricht dem Sinne Lloyd Georges für Masseneffekte. Das Wort von dem Fetzen Papier ist in einer Unterhaltung unter vier Augen zwischen Bethmann Hollweg und dem britischen Botschafter Goschen gefallen.

Lloyd George hat in Birmingham im ganzen drei Reden gehalten, die späteren in sehr populärem Tone, wahrscheinlich mehr zum innerenglischen Gebrauch. Er wies darauf hin, daß die Regierung längst nicht so viel Schuld an dem gegenwärtigen Zustand des englischen Wirtschaftslebens treffe, wie man ihr zuzuschieben liebe. In der ganzen Welt sei es so, das habe man ihm auch in Paris wieder versichert. Die jetzige Depression sei gekommen, wie ein schwerer Frost über nacht. In England sei wenigstens die Regierung stabil, in Frankreich habe man vier Kabinette gehabt, wie viele in Deutschland, lasse sich nicht zählen. (Gelächter.) Lloyd George kam dann auf die ungeheure Erschöpfung der Welt durch den Krieg und die Zerstörung des internationalen Kredits zu sprechen. Heute Handel zu treiben, sei genau so schwer wie Billiardspielen auf einem rollenden Ozeandampfer. Zum Schluß kommen wieder die Verhandlungen in London: „Es wird ein bischen hin- und hergehandelt werden (there will be little bargaining), aber ich bin sicher, Deutschland wird eine wesentliche Abgabe für die Steuerzahler in den alliierten Ländern leisten können. Lloyd George wirft Deutschland schließlich vor, daß es nicht tue, um seine Valuta zu stabilisieren. (?) Deutschland habe keine wirklich großen Steuern. „Das ist," sagte Lloyd George, „eine von den Sachen, die ich Herrn Simons erzählen will," wenn er nach London kommt. (Beifall und Gelächter).

Der bayerische Ministerrat über die Entwaffnungsfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 8. Februar.

Der bayerische Ministerrat trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der Herr v. Kahr das angekündigte Referat über die Berliner Verhandlungen erstattete. Eine authentische Mitteilung über das Ergebnis der Sitzung ist erst abends zu erwarten. Wie ich höre, fand Dr. v. Kahr für die Wahrung des bayerischen Regierungsstandpunktes in der Entwaffnungsfrage die Zustimmung aller Kabinettsmitglieder, doch wurde die **Notwendigkeit einer einheitlichen Phalanx gegenüber den Pariser Beschlüssen** und der Wunsch nach **Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und München** bekannt, die mehr eine Frage der Taktik als des Prinzips sei. Von seiten der Bayerischen Volkspartei wird empfohlen, auf der einheitlichen Behandlung des durch die Pariser Beschlüsse gegebenen Fragenkomplexes zu beharren und abzuwarten, vor welche Entscheidungen man in London die Konferenz in der Reparations- und Entwaffnungsfrage stellen wird. Erst dann sei in der Wehrfrage das letzte Wort zu sprechen. Heute nachmittag ½3 Uhr wird Herr v. Kahr im interfraktionellen Landtagsausschuß referieren.

*

Die bayerische Regierung hat dem französischen Konsul wegen der Beschädigung des Amtsschildes am französischen Konsulat während der sonntäglichen Demonstration ihr Bedauern ausgesprochen und versichert, daß sie alles tun werde, um die Täter ausfindig zu machen.

Verzicht Belgiens auf das Beschlagnahmerecht.

Der hiesige belgische Gesandte hat dem Reichsminister des Auswärtigen am 5. d. Mts. folgende Note übergeben: „Die belgische Regierung beabsichtigt, von dem ihr nach dem § 18 der Anlage 2 zu Teil VIII des Friedensvertrages von Versailles zustehenden Rechten, das Eigentum der deutschen Staatsangehörigen zu beschlagnahmen, Gebrauch zu machen, für den Fall, daß Deutschland gegen seine Verpflichtungen absichtlich verstoßen würde. Dieser Verzicht bezieht sich auf deutsches Eigentum in Belgien, seinen Kolonien oder den von ihm verwalteten Gebiet, einschließlich insbesondere der Bankguthaben ebenso wie auf Schiffe und Fahrzeuge in belgischen Gewässern. Dies gilt ebenso von Waren an Bord belgischer Schiffe oder Fahrzeuge oder von nach Belgien zum Verkauf gesandten Waren."

Von zuständiger Stelle wird wird besonders darauf hingewiesen, daß der von Belgien ausgesprochene Verzicht in verschiedener Hinsicht weitergehend ist als der von der britischen Regierung bereits früher ausgesprochene Verzicht. Es wäre zu wünschen, wenn der belgische Schritt dazu beitragen würde, den vor dem Kriege selbstverständlichen Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Frieden wieder zur Geltung zu verhelfen.

Ein neuer deutscher Nordseehafen.

Wilhelmshaven als Handels- und Industriehafen.

Von [Nachdruck verboten.]

Senator **Dr. Leiske** (Wilhelmshaven).

Wer kennt im weiten deutschen Binnenlande die volle Schwere der Tragik, die das Friedensgebot von Versailles die deutschen Seehäfen an der Nordsee und an der Ostsee bitter durchkosten läßt. Hamburg, Bremen und Emden — Lübeck, Stettin, Danzig und Königsberg waren in Jahrzehnten unermüdlichen Schaffens die Säulen unserer friedlichen Seegeltung, waren Brennpunkte eines weit umspannenden Weltverkehrs geworden. Und nach langen, stillen Kriegsjahren senkten sich auf diese Stätten alten deutschen Hanseatengeistes die bleischweren Fesseln eines unerhört harten Gebotfriedens, der uns nahezu die gesamte Handelstonnage entriß. Und in dieses große, unsagbare Elend ragten die beiden gewaltigen Marinehäfen Kiel an der Ostsee und Wilhelmshaven an der Nordsee wie zwei Riesen hinein, denen über Nacht der Lebensodem ausgeblasen war. Marinehäfen ohne Marine! Eine besondere Tragik inmitten all des schweren Existenzkampfes an der Küste.

In Wilhelmshaven und dem ihm eng verwachsenen Rüstringen, den beiden Schwesterstädten an der Jade-Bucht mit ihrer Hunderttausend-Einwohnerschaft, ist man sich von Anbeginn der Größe der Gefahr voll bewußt gewesen. Gerade der furchtbare Ernst der Lage, um nicht zu sagen die anfängliche Hoffnungslosigkeit der wirtschaftlichen Zukunft schloß die Reihen. Und als nach der Wende 1918/1919 der erste klare Ueberblick möglich wurde, war in allen Kreisen von Industrie, Schiffahrt, Handel und Gewerbe, im Beamten- und Angestelltentum und nicht zuletzt in den breiten werktätigen Arbeiterschichten die einmütig sammelnde Losung gefunden: schnellste Umstellung zum Handels- und Industriehafen!

Die Werften atmen von Grund auf neues Leben. Rastloses Nieten und Hämmern tönt auf der Wilhelmshavener Marinewerft, die mit ihrer 7000-Mann-Belegschaft sich Blohm und Voß in Hamburg an die Seite stellen kann, zu morgendlicher, abendlicher und nächtlicher Stunde. Nicht minder regt sich das alte Leben, dampft und hämmert es auf dem Werk Rüstringen mit seiner 3000-Mann-Belegschaft. Auf den Docks und Hellingen der Marinewerft, die ja in ihren Längen- und Breitenausmaßen einzigartig dastehen, werden neben den tausenden Arbeiten für die Marine vor allem große Privataufträge ausgeführt, zurzeit (Anfang 1921) mehrere große 8000-Tonnen-Frachtdampfer, eine große Reihe von Hochseefischdampfern und ferner Motorfischkutter in ganzen Serien. Das Reichswerk Rüstringen mit seinen ganz neuzeitlichen Werkanlagen betreibt in gleicher Intensität zurzeit (Anfang 1921) 18 Fischdampferneubauten für Islandfahrt und die Instandsetzung von drei großen Ueberseefrachtdampfern von Grund auf.

Die Wilhelmshavener Hochseefischerei ist ein Kind der Kriegsnot. Sie hat sich aus der vormaligen freiwilligen Kriegshilfe Hannover, einem angesehenen Wohlfahrtsunternehmen aus der Kriegszeit, entwickelt. Im April 1920 hat man der Fischerei die Form eines Aktienunternehmens gegeben, an dem neben den beiden Städten Wilhelmshaven und Rüstringen hervorragende Hamburger und Berliner Finanzgruppen beteiligt sind. Heute, wo die neue Aktiengesellschaft noch nicht einmal auf ein ganzes Geschäftsjahr zurückblicken kann, verfügt sie bereits über die statische Flotte von nahezu 20 Hochseedampfern. Ein Hochseedampfer wird heute als Neubau in Fachkreisen mit rund vier Millionen Mark bewertet. Er bringt auf Nordseefahrt (11 Tage) einen Höchstfang von rund 800 Korb (800 Zentner) und einen Durchschnittsfang von 400 Korb und auf Islandfahrt (21 Tage) einen Höchstfang von rund 2000 Korb und einen Durchschnittsfang von 1200 Korb an. Um den wachsenden Ansprüchen des erweiterten Betriebes gerecht werden zu können, hat die Hochseefischerei vor kurzem den gesamten Komplex der Wilhelmshavener Flugzeugwerft mit nahezu 20 000 Quadratmetern Lagerhausfläche auf dem 1000 Meter langen Südkai unseres großen Hafens vom Reich auf lange Zeit erpachtet. Auf dem neuen Gelände entwickelt sich nun von Tag zu Tag wachsendes Leben. Lange Auktionshallen, Packhallen, Netzfabriken usw. erweisen schon jetzt, daß Wilhelmshaven auf dem besten Wege zu einem Hauptfischmarkt an der Nordseeküste ist.

Die Hafenanlagen sind weit, unendlich weit in Dimensionen, die fast amerikanisch anmuten. Zwischen Marinehafen einerseits, Handels- und Industriehafen andererseits bildet die Kaiser-Wilhelm-Brücke eine luftige Scheidung. Westlich dieser Brück reihen sich an: der Große Hafen, der Zwischenhafen, der Westhafen und der Kanalhafen mit insgesamt 239 Hektar Wasserfläche und mehr als zwanzig Kilometern Kailänge. Um diese weiten Häfen säumen sich die Lagerhäuser und Lagerschuppen, die Lagerplätze, die Oeltanks mit ihren Oelanschlußleitungen usw.

Und die Arbeiterschaft! Fast möchte man von ihrer traditionellen Betriebsamkeit sprechen. Sie hat in Wilhelmshaven wahrlich nicht die Revolution gemacht, wie man im Binnenlande unter dem Eindruck des Marinezusammenbruchs anzunehmen geneigt ist. Einer ihrer Führer konnte vor kurzem mit Recht feststellen, daß „im Gegensatz zu dem Nachbarindustriegebiet Bremen die revolutionäre Bewegung dank der Intelligenz, der politischen Schulung und der bisherigen, von Gemeinsinn getragenen Betätigung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in ruhigen Bahnen verblieben ist". Seit den Novembertagen ist in Wilhelmshaven kein Arbeitstag durch Streik verloren gegangen. Und von den Betriebsobleuten und den Werkingenieuren kommt uns die Bestätigung, daß sich die Arbeitsleistung unter dem belebenden Einfluß namentlich der produktiven Neubau- und Aufbauarbeit der Friedens-